

Handlungsvorschläge zum Umgang mit der AfD

Beschluss aus der Landesvorstandsklausur 14. – 16. November 2014

Beschlüsse:

1. Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen nimmt die in der beim Parteivorstand eingesetzten Arbeitsgruppe erarbeiteten und für den Landesverband modifizierten Handlungsvorschläge im Umgang mit der AfD für die Fraktionen der LINKEN zur Kenntnis und möchte die Kreisverbände bitten, auch in ihren Kreistagsfraktion und Gemeinderäten für ähnliche Vorgehensweisen zu werben.
2. Der Landesvorstand bittet die Landtagsfraktion in Sachsen, schnell eine Positionierung vorzunehmen in Bezug auf die vorläufigen Handlungsvorschläge und das Thema Umgang mit der AfD regelmäßig auf die Tagesordnung zu setzen.

Politische Botschaft:

Der Parteivorstand hat richtigerweise eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich näher mit der AfD befasst und sowohl inhaltliche Vorschläge unterbreitet, aber auch Handlungsvorschläge für die Landesverbände erarbeitet, die durch die jüngst stattgefundenen Landtagswahlen mit der AfD in Landesparlamenten konfrontiert sind. Um als LINKE möglichst einheitlich zu agieren, sollten wir auf allen Ebenen die Auseinandersetzung zur Problematik führen.

**Maßnahmen der
Öffentlichkeitsarbeit:**

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: Informationsvorlage basiert auf Beschlusslage der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag vom 12. November 2014

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 2

f.d.R.

Dresden, 16. November 2014



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Vorläufige Handlungsvorschläge zum Umgang mit der AfD

- 1.) Das Handeln gegenüber der AfD muss sich daran orientieren, einer „Normalisierung“ der Partei entgegen zu wirken. Medial müssen wir dafür sorgen, dass immer wieder darauf hingewiesen wird, dass die AfD keine demokratische Alternative ist. Politische, organisatorische und personelle Überschneidungen in die extreme Rechte müssen medial skandalisiert werden. Die AfD darf für Öffentlichkeit, Medien und Politik kein normaler Partner werden. Daraus muss sich unser Handeln ableiten.
- 2.) Wir empfehlen, dass sich die VertreterInnen der LINKEN in den kommunalen Vertretungskörperschaften klar und eindeutig gegen Organisationen und ihre Vertreterinnen abgrenzen, die rassistisches, menschenfeindliches oder anderes diskriminierendes Gedankengut vertreten. Das bedeutet z.B., dass es keine gemeinsamen Anträge, Absprachen oder gar Bündnisse mit der AfD geben kann.
Insbesondere in Bezug auf die AfD ist ein besonders hohes Maß an politischer Aufmerksamkeit gefragt. Insbesondere Versuchen, Bestandteile rechter Ideologie in sozialpolitischen oder beispielsweise auf Protest orientierten Anträgen einzubinden müssen klar analysiert und zurückgewiesen werden.
Dem Problem, dass insbesondere in den kommunalen Vertretungskörperschaften AfD-Vertreterinnen sitzen, die vormals z.B. in anderen Parteien aktiv waren, kann und muss sehr grundsätzlich begegnet werden. Wir empfehlen zu prüfen, ob sich die einzelnen AfD-VertreterInnen klar und deutlich von den rassistischen, menschenfeindlichen oder anderen diskriminierenden Positionen der AfD distanzieren haben. Ohne eine solche Vorgehensweise besteht die Gefahr, dass die AfD mit ihrem rechten Gedankengut ungewollt hoffähig gemacht wird.
Wir werden für diesen Kurs bei anderen Fraktionen werben. Die Abgrenzung sollte im Idealfall in einer parlamentarischen Isolierung der AfD enden.
- 3.) Auf Anträge und Redebeiträge der AfD werden wir mit klarer inhaltlicher Positionierung reagieren. Dass schließt mit ein, dass unsere Fraktionen ihr Agieren in Bezug auf die AfD-Anträge absprechen. In der Regel sollten sie abgelehnt werden. Unsere Abgrenzung muss – über den konkreten Inhalt der jeweiligen Anträge / Reden hinaus - in dem Sinne erfolgen, dass wir deutlich machen, dass die politischen Positionen der AfD außerhalb der Vorstellungen einer demokratischen, sozialen und egalitären Gesellschaft stehen. Die konkreten (parlamentarischen) Initiativen der AfD werden so auf den politischen Kern der Partei zurückgeführt. Aufgabe unserer Fachpolitiker_innen (in den Parlamenten) ist es, die sie betreffenden programmatischen Vorstellungen der AfD genau zu analysieren, um sie so auf jeden Themenfeld inhaltlich angreifen zu können.
- 4.) Mit Blick auf die AfD-Fraktionen im Landtag lehnen wir eine Beschneidung demokratischer Rechte ab. Bei der Änderung parlamentarischer Rechte und Pflichten ist jedoch abzuwägen, ob die Maßnahmen zu einer „Normalisierung“ und Stärkung der AfD führen.
- 5.) Die Abgeordneten, Mitarbeiter_innen sowie Mitglieder und Anhänger_innen demokratischer Fraktionen / Parteien müssen auf inhaltliche und politische Auseinandersetzungen mit der AfD vorbereitet werden. Sobald entsprechende Material vorliegen, werden diese zur Verfügung gestellt.
- 6.) Es ist weiter zu analysieren, warum der AfD in drei Bundesländern teils über 10% der Wähler_innen ihre Stimme gaben, warum auch DIE LINKE Stimmen an die Rechtspartei verloren hat und wie die AfD (bei anstehenden Wahlen) geschwächt werden kann. Dabei darf es keine Übernahme der Positionen der AfD geben. Die (Rück-)Gewinnung von Wähler_innen für DIE LINKE und die Aktivierung von Nichtwähler_innen für demokratische Parteien muss also mit Überzeugungsarbeit für linke bzw. demokratische Positionen einhergehen.